

J A H R E S B E R I C H T

1 9 8 9



GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS Z U G

1989 - Jahr des Auf- und Umbruchs

Ruft man sich die Schlagzeilen der letzten Monate in Erinnerung, dann mag man - gerade als Gewerkschafterin und Gewerkschafter - , den Eindruck bekommen, die Organisationen der Arbeitnehmerschaft in den osteuropäischen Ländern seien eher hinter der Entwicklung hergerannt, als dass sie zu steuern versuchten. In verschiedenen Oststaaten hatten sich die Gewerkschaften und insbesondere ihre Führer zu getreulichen Transporter der jeweiligen Parteidoktrin hergegeben.

Löbliche Ausnahme ist die "Solidarnosc" in Polen die nach siebenjährigem Verbot am 17. April, 1989 die Freiheit wieder erlangte. Von diesem Zeitpunkt an überstürzten sich im osteuropäischen Raum die Ereignisse. In Polen selbst gab es Wahlen, die trotz Beeinflussung zugunsten der kommunistischen Partei das bisherige Einparteiengefüge aufbrachen, die "Solidarnosc" zur wichtigsten Kraft im Lande machten, zu einer gemischten, von einem Nichtkommunisten geleiteten Regierung und zum Aufbruch Richtung **Marktwirtschaft** führten.

Freude, wirtschaftliche Hoffnungen und politische Hektik lösten die Starre der letzten Jahrzehnte ab. Die UdSSR, die in Ungarn (1956) und in der Tschechoslovakei (1968) mit Gewalt und Kanonen durchgriff und noch anfangs der 80er Jahre den Polen sagte was für sie gut bekommt, musste inzwischen Veränderungen zugestehen, die weltpolitisch von nachhaltiger Bedeutung und irreversibel sind.

Hier in Westeuropa drängen sich die Staaten zu einem eng verflochtenen Wirtschaftsraum zusammen, den die Gewerkschaften auch als für den arbeitenden Menschen günstigen Sozialraum ausgestalten wollen.

Im wachsenden Gebilde des europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) wird auch die Schweiz als EFTA-Mitglied partizipieren. Selbstverständlich ist für uns Gewerkschafter die Ausgestaltung des EWR in sozialpolitischen Belangen ein vorrangiges Anliegen und bedarf unserer diesbezüglichen Anstrengungen.

Staatsschutz ja - aber wie ?

Im Zusammenhang mit dem PUK-Bericht (Moritz Leuenberger NR) wurde die Registrierung von hunderttausenden von Mitbürgerinnen und Mitbürger bekannt. Gesamtschweizerisch sind es gegen 900'000 Personen, Organisationen und Firmen die durch die Bundespolizei registriert worden sind. Der tiefe Vertrauensschwund der mit dieser einmaligen Schnüffelei verbunden ist hat sich in den vergangenen Monaten in vielfältigster Weise manifestiert. An der eindrucklichen Kundgebung vom 3. März, 1990 in Bern kamen gegen 35'000 Personen zusammen und gaben ihrem Misstrauen gegenüber den Behörden zum Ausdruck.

Dass auch in unserem Kanton Zug kräftig fichiert wurde ist kaum verwunderlich. Auf zwei Interpellationen im Zuger Kantonsrat vermochte der zuständige freisinnige Justiz- und Polizeidirektor Urs Kohler kaum eine zufriedenstellende Antwort zu geben, sondern versuchte die zugerische Sammeltätigkeit als Bundesangelegenheit zu deklarieren. Der regierungsrätliche Hinweis, für die Offenlegung der zugerischen Kartei mangle es an der kantonalen Zuständigkeit, wird die rund 3500 im Kanton Zug registrierten Personen und Organisationen kaum zufriedenstellen. Mit solchen Auesserungen wird das Vertrauen kaum gefördert sondern weckt lediglich den Unmut des Bürgers noch stärker.

Wir anerkennen in bestimmten Bereichen durchaus die Notwendigkeit eines Staatsschutzes. In einem demokratischen Staat bedarf dieser aber der Kontrolle und der Beschränkung.

Die Mietzinsentwicklung

Ein mehr als trauriges Kapitel sind die Hypothekarzinserhöhungen in den vergangenen Monaten. Die damit verbundenen erheblichen Mietzinserhöhungen belasten nicht nur die Budgets der Mieter sondern auch der Eigenheimbesitzer. Die Zinspolitik der Nationalbank geht an der Verantwortung vorbei, ebenso die Hypothekarzinsüberwälzungen der Grossbanken zulasten der Hauseigentümer und schlussendlich der Mieter. Die Unterstellung der Hypothekarzinse unter die Preiskontrolle ist ein Erfordernis das nicht zu umgehen ist.

Anstatt immer neue Ausflüchte und Ueberkleisterungsmassnahmen zu diskutieren, soll man in der Schweiz endlich die Hypotheken mit langfristigen Geldern finanzieren. Eines der Uebel liegt wohl darin, dass man kurzfristige Gelder heranzieht um die langfristigen Hypothekaranlagen zu finanzieren. Täglich fälliges Spargeld, Depositenhefte, die nicht sehr langfristigen Kassaobligationen dienen als Hauptquelle der Bautenfinanzierung, also für Investitionen auf Jahrzehnte hinaus. Mit jeder Schwankung auf den Geldmärkten für diese kurzfristigen Anlagen schwankt auch der Zins auf dem gesamten Bestand aller Hypotheken (neue und alte). Die zusätzliche Verknappung des Geldes durch die Nationalbank, als Steuerungsmittel der überhitzten Konjunktur, bringt eine zusätzliche Verschärfung der Inflation. Um also die Bauwirtschaft zu bremsen (Konjunkturabschwächung) müssen zuerst die über zwei Millionen Haushalte in der Schweiz mit höheren Zinsen belastet werden.

Natürlich reicht das Wohnproblem noch tiefer. Seit der grossen Bauwirtschaftskrise 1975 wurden gegen 700'000 Wohnungen neu erstellt und ca. 30'000 Wohnungen abgerissen. Dafür ist zum Teil die Binnenwanderung in die Agglomeration, aber speziell die stetig steigende Nachfrage verantwortlich. Letztere ist nur zum kleinsten Teil demographisch bedingt, obwohl die vielen neuen Ausländer, inklusive der offenbar grossen Anzahl von Schwarzarbeitern und Kurzaufenthalter zu berücksichtigen

sind. Die Belegungsdichte der Wohnungen sinkt stetig oder anders ausgedrückt - steigende Einkommen wenden sich vornehmlich zusätzlichem Wohnraum zu (junge Nestflüchter, Zweitwohnungen usw.) Baukreise schätzten, dass jedes Prozent mehr Realeinkommen gesamtschweizerisch eine zusätzliche Nachfrage nach 35'000 Wohnungen schafft.

Trotz diesen grundsätzlichen Ueberlegungen ist es selbstverständlich, dass nach wie vor ein wirksamer Mieterschutz angestrebt werden muss. Der Mieterverband des Kantons Zug hat verschiedentlich auf die Verteuerung der Wohnungsmieten hingewiesen und die Zuger Kantonalbank zum Masshalten aufgefordert.

Bei einem gesamten Bevölkerungsstand im Kt. Zug von etwas über 84'000 Personen und einem Wohnungsbestand von ca. 33'000 liegt der Leerwohnungsbestand bei 0,22 Prozent (Stichtag 1. Dez. 1989). In den Gemeinden Risch-Rotkreuz, Hüenberg und Steinhäusern lag er gar bei null Prozent. Eine ähnliche Situation ist in der Stadt Zug (0,07 %) und in Baar (0,08 %) anzutreffen. Aufgrund dieser Situation ist es wenig verwunderlich, dass sich Normalverdiener zum Beispiel in der Stadt Zug keine Unterkunft mehr leisten können und deshalb auswärts wohnen müssen. Eine eigentliche Bevölkerungsumstrukturierung hat begonnen.

Tätigkeit des Verbandes

Am 31. Mai, 1989 fand die ordentliche Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes Kt. Zug mit den statutarisch vorgeschriebenen Traktanden statt. Zudem nahm die Versammlung Stellung zum Referendum gegen die Senkung des Kantossteuerfusses.

Zwei zusätzliche Delegiertenversammlungen vom 3. Juli und 26. Oktober, 1989 befassten sich mit der Lancierung einer kantonalen Volksinitiative, sowie mit den eidgenössischen Abstimmungen vom 26. November, 1989.

An acht Sitzungen befasste sich der Vorstand mit den verschiedensten Geschäften. Eine interne Arbeitsgruppe befasste sich mit der Aenderung unserer Statuten. Der Entwurf wird an kommenden Delegiertenversammlung traktandiert. Zum Thema **Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz** wurde eine Veran-

staltungsreihe durchgeführt. Das Interesse seitens der Mitglieder hielt sich in den üblichen Grenzen.

Für die 1. Mai-Feier konnte mit der Zentralsekretärin des VHTL, Rita Gassmann, eine engagierte Gewerkschafterin verpflichtet werden. Aus aktuellem Anlass hatte ein Mitglied der Betriebskommission des Tages-Anzeigers Gelegenheit seine gewerkschaftlichen Erfahrungen darzulegen.

Für die ausländischen Arbeitnehmer sprach Petro Panico, Mitglied des SMUV-Vorstandes Zug. Knapp 200 Personen trafen sich zur 1. Mai-Feier auf dem Landsgemeindeplatz in Zug.

Die Beschäftigungslage im Kanton Zug darf in allen Wirtschaftsbereichen als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden. Die Arbeitslosigkeit hat einen erneuten Tiefstand erreicht. Besonders prekär ist das Arbeitskräfteangebot in Teilbereichen der Dienstleistungen. Dies gilt vor allem für das Gaststätten- und Hotelgewerbe. Zeitweilige Betriebschließungen infolge Personalmangel sind an der Tagesordnung. Ähnliches gilt im Pflegebereich, d.h. Spitäler, Alters- und Pflegeheime und weiteren sozialen Institutionen. Sie können ihre Betriebe nur noch mit einer Grosszahl von ausländischen Arbeitskräften aufrechterhalten. Ebenfalls hier ist die zeitweilige Schliessung von ganzen Abteilungen nicht mehr zu umgehen. Die bis vor kurzem schlechten Anstellungsbedingungen, insbesondere die unterdurchschnittliche Salärrierung und die ungewöhnlichen Arbeitszeiten, machen sich nun mit aller Schärfe bemerkbar.

Nicht nur Freude bereitet die Entwicklung beim grössten Arbeitgeber im Kanton, die Landis & Gyr Zug AG. Die Ankündigung, dass im gesamten Landis & Gyr-Konzern gegen 1000 Arbeitsplätze liquidiert werden, davon 350 alleine in Zug, hat die Arbeitnehmerschaft verunsichert. Der SMUV Sektion Zug hat denn auch vor einiger Zeit auf diese Entwicklung hingewiesen und ist mit der Unternehmensleitung in Gespräche eingetreten. Im Zusammenhang mit den üblichen Lohnverhandlungen ist nun aber klar geworden, dass das neue Management bei der Landis & Gyr AG. Zug im Umgang mit seinen Arbeitnehmern neue Wege (!!) beschreiten will. Die organisierte Arbeitnehmerschaft musste erstmals nach über

25 Jahren, das im Gesamtarbeitsvertrag vorgesehene Schiedsgericht anrufen.

Es wäre auch aus gesamtzugerischer Sicht bedauerlich, wenn das traditionsreiche Unternehmen, das sich immer mit Land und Leuten verbunden fühlte und die diesbezüglichen Kontakte auch bewusst pflegte, nunmehr neue bzw. andere Werte entdeckt hätte.

Mitgliederentwicklung 1989

<u>Sektionen/Gruppen</u>	<u>1986</u>	<u>1987</u>	<u>1988</u>	<u>1989</u>
SMUV	670	673	715	714
GBH	281	277	328	355
GDP	47	45	40	40
VPOD	97	98	101	106
GTCP Baar	19	16	24	29
VHTL	29	29	24	22
PTT-Union Post	51	51	56	60
PTT-Union Telefon	28	28	29	31
PTT-VSPB	14	15	17	22
SEV/LPV	6	5	7	7
SEV/SBV	50	53	58	69
SEV/ZPV	14	14	14	14
SEV/RPV	20	16	15	15
SEV/APV	36	36	33	28
SEV/VAS	25	20	15	15
SEV/WPV	6	6	4	4
Total	1383	1382	1480	1531
=====				

Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung hielt auch im Jahre 1989 an. Gegenüber dem Vorjahr ist somit eine Zunahme von 51 Mitgliedern zu verzeichnen.

Geschätzte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
In einem Jahresbericht kann selbstverständlich nur stichwortartig die Tätigkeit und Themen die einen Verband betreffen aufgezeigt werden. Sehr viele Kleinarbeit die in der Öffentlichkeit nirgends sichtbar wird muss erbracht werden. Dies gilt vor allem in den Sektionen und Gruppen, Betriebskommissionen und in Arbeitsgruppen. Dafür danke ich allen Beteiligten. Einen speziellen Dank gilt den Sektionsvorständen und meine Vorstandskollegen im Gewerkschaftsbund. Diese Mitarbeit ist wertvoll und ein wichtiger Beitrag in der Lösung unserer gewerkschaftlichen Anliegen.

Othmar Romer
Präsident

Zug, im März, 1990

